

# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreigelaltene Zeitspaltweite 20 Pfennige; Vereins-Anzeigen 10 Pfennige. Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter Nr. 7353 im Post-Zeitungsregister.

**Inhaltsverzeichnis:** Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Schutz des Koalitionsrechtes. — Lohn- und Tarifbewegungen. — Dem Mitglied entgegen (Feuilleton). — Korrespondenzen (Altona-Litauen, Berlin II, Stuttgart, Grimnitzhau). — Rundschau. — Literatur. — Anzeigen.

## Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

**Zahlstelle Stuttgart:** Als Vorsitzender wurde Kollege Christian Wonnagel, Augustenstr. 91 gewählt; als Kassierer wiedergewählt Karl Schray, Eierstr. 27. Wir machen die Zahlstellenverträge nochmals darauf aufmerksam, die Karten über Arbeitslosenstatistik bis spätestens 4. Juli einzusenden.

Gleichzeitig werden die Zahlstellenkassierer, die noch nicht abgerechnet haben, ersucht, die Abrechnungen einzusenden.

**Der Verbandsvorstand.**

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

## Schutz des Koalitionsrechtes.

Die Mangelhaftigkeit des deutschen Koalitionsrechtes wird durch nichts Schlagender bewiesen, als durch die brutalen Massenausperrungen und Koalitionsentrechtungsversuche der Unternehmerverbände. Als himmelschreiendes Unrecht muß es empfunden werden, daß ein Unternehmer, der die wirtschaftliche Existenz tausender von Arbeitern in seiner Hand hat, wie der Norddeutsche Lloyd, seinen Leuten ungestraft die Verbandsbücher abnehmen und sie zum Austritt aus ihrer Gewerkschaft zwingen darf, während zu gleicher Zeit deutsche Richter jeden Arbeiter wegen Erpressung zu Gefängnisstrafen verurteilen, die mit Nichtorganisierten und Streifbrechern nicht zusammen arbeiten wollen und die Arbeit niederlegen. Und nicht minder fühlt jeder den Widerspruch heraus, daß man Arbeiter als Erpresser oder Vortäter bestraft, wenn sie durch Ankündigung sofortiger Arbeitsniederlegung einen Druck auf Unternehmer ausüben wollen, während in Bremen die Baugewerksmeister ungestraft 4200 Arbeiter mit Aussperrung bedrohen und die Drohung verwirklichen konnten, um die Einstellung des Klempnerstreiks zu erzwingen. Gerade im letzteren Falle, wo es sich zugleich um ein tarifbrüchiges Verhalten der Meister handelte, liegen alle Merkmale der widerrechtlichen Drohung und Zwangsangewendung vor, die das Reichsgericht seinen bekannten Erpressungsdefinitionen zugrunde legte. Wenn in solcher Weise Licht und Schatten ungleich verteilt sind und die Koalition der Arbeiter rechtlos allen Gewalttätigkeiten preisgegeben ist, während die Arbeitgeber sich straflos jede Willkür erlauben können, so müssen diese Mängel der heutigen Rechtsordnung auch dem Klügsten offenbar werden. Die Massenausperrungen rücken diese Mängel in das hellste Licht und lenken auf sie die Aufmerksamkeit bürgerlicher Kreise, die sonst außerhalb der Koalitionskämpfe stehen. So schreibt Prof. Franke in der „Soz. Praxis“ über die dringendsten Aufgaben der Sozialreform:

Es wird behauptet, jede Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes, jede Beseitigung der Schranken des Vereinsrechtes komme nur der sozialdemokratischen Bewegung zugute. Wir kennen etwas schlimmeres als die Sozialdemokratie, das ist die

Angst vor der Sozialdemokratie und ihre Tochter, die Reaktion mit ihren Knebelgesetzen, „die großzügigen, was sie ersinnen sollen“, hat jüngst die „Nölnische Zeitung“ geschrieben. Sehr wahr! Und, fügen wir hinzu, Reich und Staat haben Gerechtigkeit und Unparteilichkeit auch dann walten zu lassen, wenn es sich um sozialdemokratische Arbeitermassen handelt. Jede Einengung des Koalitionsrechtes, jede als Ungerechtigkeit, als Härte oder auch als Chifane empfundene Maßregelung treibt diese Massen immer näher und fester an die politische Sozialdemokratie, in der allein sie die Retterin sehen gegen erlittene Unbill, die einzige Erlöserin aus Not und Elend.

Die Arbeiterorganisationen haben längst aufgehört, „nichts als Streitvereine“ zu sein. Jeder Blick in ihre Jahres- und Rechenschaftsberichte bezeugt dies. Von Jahr zu Jahr wachsen die Summen für Unterstüßungs- und Bildungszwecke stärker an, nehmen die Aufwendungen für Arbeitskämpfe verhältnismäßig ab. Im Durchschnitt sind schon jetzt die letzteren beträchtlich geringer als die ersteren — auch in den freien Gewerkschaften ist dies der Fall. Auch ist es ein Irrtum anzunehmen, daß die Führer und Beamten der Arbeitervereine eine Freude an Streiks hätten. . . Allerdings, zu reinen Unterstüßungs- und Bildungsvereinen sollen die Gewerkschaften nicht herabfallen. Sie müssen Kampfvereine bleiben, sie sollen streben und kämpfen für die Interessen der in ihnen vereinigten Arbeiter, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, für die Hebung der Lebenslage und die Achtung der Arbeiter. Nicht zu strotzen, wie so vielfach gemurmelt oder irrtümlich behauptet wird, sind heutzutage in Deutschland die Arbeitervereine — nein, zu schwach sind sie! Die Berufsvereine und Handelskammern haben die Unternehmer von Reichs- und Staatswegen organisiert, die Kartelle und Syndikate haben sie wirtschaftlich geeint und eingetandenermaßen ihre Position gegenüber den Arbeitern gestärkt, die Arbeitgeberverbände zu Schutz und Trutz haben in den letzten Jahren eine gewaltige Macht erlangt. Man überblicke doch die Streikbewegung der letzten Jahre! Die Zahl der Niederlagen der Arbeiter bei Streiks ist weit größer, als die der Erfolge, die Aussperrungen jedoch werden fast stets gewonnen. Und jetzt, wo nach einer langen Zeit des wirtschaftlichen Drucks das Geschäftsleben sich langsam wieder hebt, da vollziehen sich die Arbeitskämpfe fast durchweg in der Form großer Aussperrungen. Jeder kleine Einzelzwist, den die Arbeiter mit einem Arbeitgeber haben, wird von den Unternehmerverbänden mit einer Gesamtausperrung von Tausenden beantwortet, weil sie die Macht in sich fühlen, die Arbeiter zur Annahme ihrer Bedingungen zu zwingen.

Das würde nicht der Fall sein, wenn den Arbeitgebern gleich starke Gewerkschaften gegenüberständen. Ein jedes Gleichnis hint, aber wie man mit Recht sagt, daß das Gleichgewicht der generischen Kräfte in der politischen Arena Krieg verhütet und den Frieden sichert, so darf man das Analoge in gewissem Umfange auch von den Parteien im Wirtschaftsleben sagen, die bei aller Gemeinsamkeit der Interessen naturgemäß Gegner hinsichtlich des Anteils am Gewinn und Einkommen sein müssen. Freilich werden Streiks, Aussperrungen, Boykotts nie ganz vermieden werden. Sie sind aber längst nicht Mittel im gewerblichen Kampfe allein, sondern werden als völlig legitime Waffen in allen Klassen

und Ständen gebraucht. Es ist eine schwere Ungerechtigkeit, wenn man für Arbeiterausstände nur Werte der Beurteilung hat, während man Aussperrungen, Ärzte- und Apothekerstreiks, Boykottverfügungen von Behörden als etwas Selbstverständliches oder gar Lößliches gelten läßt. Man sollte auch die Bedeutung der gewerblichen Arbeitskämpfe für unser gesamtes Wirtschaftsleben nicht übertreiben. Der Verlust an Arbeitstagen, den die Streiks und Lockouts im vorigen Jahre bewirkt haben, wird eine Million kaum übersteigen bei insgesamt etwa zwei Milliarden Arbeitstagen in Gewerbe und Handel, ohne Landwirtschaft und Geseindendienst. Eine Million Arbeitstage aber hat die Nation allein durch die herrschende Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe verloren. Ein einziger voller Feiertag bedeutet ein Einstellen der Tätigkeit von 5 bis 6 Millionen Arbeitern.

Aber das muß noch mit dem größten Nachdruck betont werden: Weder die Arbeitskammern, noch die Tarifgemeinschaften, noch die Einigungsämter, nicht einmal die Arbeiterausschüsse — keine dieser Institutionen des sozialen Friedens ist denkbar ohne die Organisation der Arbeitgeber und der Arbeiter. Wie sollen die Parteien verhandeln und beschließen, wenn sie nicht bevollmächtigte Vertreter, die ihr Vertrauen besitzen, wählen und entsenden? Und wie kann das geschehen, ohne daß die Arbeitgeber und Arbeiter sich in festen Ordnungen zusammenfinden? Flugland trägt nicht und eine Masse ohne Disziplin, ohne Organisation und Leitung kann keine Gewähr für die dauernde Einhaltung von Abmachungen liefern. So kommen wir, mögen wir die Sache anfassend, wo wir wollen, immer wieder auf die Notwendigkeit einer Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes der Arbeiter hinaus, das die Arbeitgeber jetzt schon in vollem Umfange haben und benutzen. Hier liegt die große Aufgabe der deutschen Sozialreform, die an Wichtigkeit alle anderen überragt. Sie zu lösen ist eine Forderung der Gerechtigkeit und der Zweckmäßigkeit. Je mehr der Staat die Pflicht ausübt, die Schwachen vor der Uebermacht der Starken zu schützen, desto mehr soll er die Selbsthilfe da fördern, wo sie aus eigenen Kräften zum Ziele gelangen kann. Und er soll dieser Selbsthilfe die Formen schaffen, die ihr eine Wirksamkeit in Ordnung und Frieden verbürgt. Diese Formen werden in der Organisation gegeben. Reich und Staat müssen das Koalitionsrecht zur vollen Geltung bringen und gleichzeitig die Institutionen zur Sicherung des sozialen Friedens stärken. Dazu ist vornehmlich nötig:

1. Die Ausdehnung des § 152 der Gewerbeordnung auf die Bestrebungen der Arbeitervereine, soweit sie nicht bloß der Verbesserung, sondern auch der Erhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Erhöhung der allgemeinen Lebenshaltung gelten, und zwar auch dann, wenn diese Bestrebungen eine Abänderung der Gesetzgebung ins Auge fassen.

2. Eine Erweiterung des § 153 der Gewerbeordnung dahin, daß nicht nur der Mißbrauch des Koalitionsrechtes, sondern auch die mit Drohung oder Gewalt verbundene Verhinderung an der gleichmäßigen Ausübung bestraft wird.

3. Die Beseitigung der einer freien Ausübung des reichsgesetzlichen Koalitionsrechtes in den Einzelstaaten entgegenstehenden Schranken durch Schaffung eines Reichsgesetzes für Vereine und Versammlungen,

4. Die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine ohne Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit.

5. Die Förderung aller Bestrebungen der Arbeitgeber und Arbeiter, in Tarifgemeinschaften die Arbeitsverhältnisse in ihrem Gewerbe fest zu regeln, sowie der Ausbau der Institutionen der Arbeiterausschüsse, der Gewerbegerichte (einschließlich der Kaufmannsgerichte) und der Einigungsämter.

6. Die Errichtung von Arbeitskammern zur Pflege gemeinsamer Angelegenheiten der Arbeitgeber und der Arbeiter.

Die meisten dieser Forderungen hat der Reichstag schon wiederholt ausgesprochen, andere betreffen nur die Erfüllung alter Verheißungen. Noch vor der Arbeiterfürsorge durch Versicherung und Schutz wird die Aufgabe, das Recht der Selbsthilfe zu organisieren, den wichtigsten Platz in der deutschen Sozialreform einnehmen. Mögen auch die Neuwahlen zum Reichstag unter dem Zeichen dieser Pflicht stehen, mögen die Wähler dafür sorgen, daß die Männer ihres Vertrauens im neuen Reichstage in diesem Sinne als wahre Arbeiterfreunde wirken.

Wenn Herr Prof. Franke die Wahlkandidaten ernsthaft auf die Anerkennung dieser Forderungen prüfen und das bisherige Verhalten ihrer Parteien dabei in Rücksicht ziehen wollte, so dürfte außer den Sozialdemokraten kaum einer übrig bleiben. Haben doch alle bürgerlichen Parteien am 1. Dezember 1899 den sozialdemokratischen Antrag zu den §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung, der denselben Schutz des Konstitutionsrechtes bewachte, den hier Prof. Franke befürwortet, abgelehnt, obwohl sie sich wenige Tage vorher bei dem Begräbnis der „Juchtsdauvorlage“ als „wahre Arbeiterfreunde“ geriert hatten. Die Arbeiterfreundschaft dieser Parteien hat sich noch niemals zu freihandlichen Taten verdrückt!

## Lohn- und Tarifbewegungen im Graphischen Gewerbe.

**Buchdruckerei-Hilfsarbeiter Karlsruhe.** Am 9. Juni wurde in der Druckerei Badonia für 10 Kollegen eine Lohnerhöhung von 1,50 Mk. pro Person gefordert und bewilligt. — Innerhalb eines Vierteljahres sind allein in Karlsruhe für mehr als 25 Mitglieder verbesserte Lohn- und Arbeitsbedingungen errungen worden.

**Schriftgießer und Schriftgießerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Stuttgart.** Vom 6.—13. Juni

## Dem Glück entgegen!

Feierabend, das Klappern der Maschine hat endlich aufgehört, alles eilt, um nach Hause zu gelangen, es herrscht schon tagelang nicht wochenlang ein reges, lebhaftes Hin- und Herreden, besonders die Männer, sie sprachen so siegeszuversichtlich, so freudig und stolz von den bevorstehenden Wahlen und der Möglichkeit, nein, der Gewißheit, wie sie ausfallen würden; auch einige Arbeiterinnen haben ihre Ansicht zum besten gegeben und alle sind nun am Wahltag gespannt, das Resultat zu hören, sie verabreden, sich gemeinsam in einer Versammlung zu treffen und mit Scherzworten gehen sie auseinander.

Nur eine, sie wird die „Stille“ genannt, hat an all dem nicht teilgenommen, sie redete die müden, von der monotonen Maschinenarbeit steifen Glieder, sie ist wunsch- und freudlos; gar manches wahre Wort haben die Kollegen und Kolleginnen gelacht, doch sie hofft und glaubt nicht, vor allen Dingen, sie mag und will nicht denken, denn gar hart hat ihr das Leben mitgepielt, allein geht sie nach Hause.

Doch die frohe Zuversicht der Mitarbeiter will ihr nicht aus dem Sinn, nicht wie immer setzt sie sich in dem düstern ausgelassenen Zimmerchen zur Ruhe und zum Essen nieder, sie räunt und sucht in ihrem mit Erinnerungen längst vergangener Tage gefüllten Kästchen, wolle Blumen, vergilbte Briefe und Bänder gleiten durch ihre Hände, sinnend ruht ihr Blick auf all dem Tand und ein herbes Lächeln spielt um ihren Mund, ihr bisheriges Leben zieht an ihr vorüber.

Freudlos, entbehrungsreich war ihre Jugend. Früh schon mußte sie als die zweite von sechs Geschwistern der Mutter bei der Heimarbeit helfen, denn der Vater verdiente als Fabrikarbeiter nur bitter wenig. Kaum aus der Schule, mußte sie in der Fabrik für wenige Pfennige schwere Arbeit verrichten. Tagaus, tagein harte Arbeit, wenig Pflege und ach, so dürftige Kleidung, dabei die Seele voller Sehnen und Hoffen, ob denn nie das Glück kommen wollte? Endlich mußte es doch kommen — und es kam!

Ein höherer Angestellter in der Fabrik fand an ihrer Jugend, an ihrem Frohsinn Gefallen, in ihrer

wurden Verhandlungen über Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gepflogen. Die Schriftgießer brachten ihren Tarif mit einem Minimallohn von 27,50 Mk. zur Einführung, ebenso die 8 1/2-jährige Arbeitszeit. Das Hilfspersonal erreichte gleichfalls die 8 1/2-jährige Arbeitszeit und einen zehnprozentigen Lohnaufschlag. Für Spezialarbeiten wurde gleichfalls eine Lohnerböhung zugesichert.

**Buchdruckerei-Hilfsarbeiter Altona.** In der Druckerei Treu & Co. wurde nach dem Wutier des Bremer Lloyd die Mitglieder aufgefordert, aus dem Verband auszutreten oder sich als entlassen zu betrachten. Gleichzeitig wurde der Vertrauensmann entlassen. Bis auf 2 Kolleginnen kamen alle der unerhörten Aufforderung nach, sie waren erst seit acht Wochen organisiert. Wie uns mitgeteilt wird, liefert die Firma Treu & Co. auch Arbeiten für die Gesellschaft Produktion.

**Tarifbewegung der Buchbinder.** Im Buchbinderergewerbe der drei Städte Berlin, Leipzig und Stuttgart besteht seit 1900 eine Tarifgemeinschaft, die im laufenden Jahre ihr Ende erreichen würde, wenn sie nicht verlängert wird. Der Vorstand des Deutschen Buchbinderverbandes hat nun an den „Verband Deutscher Buchbindermeister“ die Anfrage gerichtet, ob die Prinzipale mit einer Verlängerung des Tarifs in der jetzigen Form auf ein Jahr einverstanden wären. Die Prinzipale erklärten sich hierauf für eine Verlängerung des Tarifs, aber nur auf die Dauer von 3 Jahren. Diese Frist erschien dem Buchbinderverband zu lang; er hoffte indes, im Wege weiterer Verhandlungen eine Verständigung darüber herbeizuführen. Augenscheinlich haben jedoch die Unternehmer erwartet, die Gehilfen würden sich jede Fristbestimmung diktieren lassen, denn sie antworteten nunmehr mit Anträgen auf Aenderung des Tarifs. Es wird nun zu Verhandlungen kommen müssen. Um die entstehenden Mehrkosten aufzubringen, hat der Verbandsvorstand eine vorläufige Beitragserhöhung festgelegt, die für männliche Mitglieder 15 Pf. und für weibliche 5 Pf. pro Woche beträgt. Mit diesen Extrabeträgen zahlen die männlichen Mitglieder 50 Pf., die weiblichen 20 Pf. pro Woche.

**Die Lichtdrucker, Präparatoren, Photographen und Retouchierer** haben den Prinzipale ihre auf dem Lichtdruckermarkt beschlossenen Forderungen unterbreitet. Diese haben bewirkt, daß sich auch die Lichtdruckerarbeiter organisiert haben! Nachdem die Gründung der Arbeiterorganisation am 7. Juni stattgefunden hatte, fand am 8. Juni die erste Verhandlung statt. — Der Verband der Lithographen und Steindruckere hatte als Vertreter den Verbandsvorsitzenden Otto Sillier und den Redakteur der

Unerfahrenheit war sie glücklich, Blumen und Geschenke zu erhalten und jemand zu haben, mit dem sie von Glück und Freude reden konnte. Monate verfloßen, Theater, Spiel, Tanz, schöne Kleider, alles hatte sie, was das junge Herz begehrte; sie war unendlich glücklich in dieser Liebe. Doch bald hatte sie die Gewißheit, daß sie Mutter werden sollte und glücklich und selig teilte sie es ihrem Auserwählten mit. Doch da fand sie keinen Widerhall ihres Glückes und der Freude: „Aber, Kind, so habe ich es nicht gemeint, heiraten — so heiraten kann ich Dich nicht!“ Totunglücklich über diese Antwort, von den Eltern mit Vorwürfen überhäuft und zurückgedrängt ging sie an einen anderen Ort. Das Kind kam zur Welt und starb nach einigen Wochen, und nun ging es wieder in das alte Loch zurück.

Rast teilnahmslos, ausschließlich mit ihrem Kummer beschäftigt, sah sie nur selten, daß auch ihre Mitarbeiterinnen unter demselben Joche litten und litt, sie hörte da öfter von ihren Vereinen und vom Zusammenhalten reden, doch sie verstand das nicht und fragen wollte sie nicht. Doch eines Tages sollte ein Arbeiter entlassen werden, der immer für die Mitarbeiterinnen geredet hatte, der ihre Klagen und Forderungen dem Chef übermittelte; sie hatte immer eine hohe Achtung für ihn gehabt, da sie es nicht fassen konnte, wie man einfach zum Chef gehen kann und dies und jenes fordern, war ihr doch von Hause aus der Chef als ihr Brotgeber bekannt, dem sie dankbar sein mußte, daß er ihr Arbeit gab. Zögernd und ein wenig ängstlich ging sie aber doch mit in die Geschäftsversammlung und was sie da hörte, lies sie doch ihren Kummer vergessen, auch sie war fest entschlossen, mit herauszugehen, wenn der Vertrauensmann entlassen werden sollte. Diese gemeinsame, einmütige Forderung bewirkte, daß der Vertrauensmann blieb und einige kleine Verbesserungen eingeführt wurden. Dieses Resultat machte einen gewaltigen Eindruck auf sie. Deutlich sah sie jetzt, daß ihre Mitarbeiter gleich ihr litten. Zweifel an den Worten des Vaters erfahen sie, der so schön von der göttlichen Liebe und den himmlischen Freuden predigte. War es denn kein, so fragte sie sich immer wieder, daß Wenige im Überflusse leben und alle Genüsse bis zur Reize kosten, während ungezählte Arbeiter und Arbeiterinnen bei harter Arbeit von der

„Graphischen Presse“ Max Obier delegiert. Anfangs Juli soll eine Zentral-Vertreter-Konferenz in Leipzig stattfinden, um die gestellten Forderungen zu prüfen.

**Buchdrucker.** Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker teilt mit, daß eine Generalversammlung des Vereins der Buchdruckermeister von Ost- und Westpreußen, die am 7. Juni in Jüterburg tagte, den ihm aufgestellten Sondertarif außer Kraft gesetzt und die Einführung des Deutschen Tarifs seinen Mitgliedern empfohlen hat. Damit ist der letzte Sondertarif im Gebiete der deutschen Tarifgemeinschaft zum Fall gekommen!

## Korrespondenzen.

**Altona-Ottensen.** Mitglieder-Versammlung vom 23. Mai. Nach Eröffnung der Sitzung erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Glarner das Wort zu seinem Vortrage: „Bovon lebst Du?“ Redner führte den Mitgliedern in halbblühendem Vortrag in interessanter Weise einen lehrerlich über die Arbeits- und Lebensweise sämtlicher Berufsstände von der Vorzeit bis zur Gegenwart vor Augen. Reicher Beifall wurde dem Referenten zuteil. Der Kartellbericht mußte wegen Nichterscheinens der Delegierten zurückgestellt werden. Hierauf wurde die Maßregelung bei der Firma Treu & Co. besprochen, Bericht hierüber unter der Rubrik „Lohn- und Tarifbewegungen im graphischen Gewerbe. Redaktion.“ Nachdem noch einige interne Vereinsangelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung. A. M.

**Berlin, Zahlstelle II (Hilfsarbeiter).** Bericht von der ersten ordentlichen General-Versammlung des 14. Geschäftsjahres vom 24. Mai 1903. Dieselbe wird durch Kollegen Jädike mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Mitteilungen und Beitragszahlungen. 2. Vierteljahres- und Jahresbericht des Vorstandes. 3. Remuneration. 4. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren. 5. Ausschluß der Reklanten. 6. Verschiedenes. Nach Verteilung und Annahme des Protokolls der letzten Versammlung wird mitgeteilt, daß die Kollegen Max Döring, Otto Rander und Max Rechenberg ausgetreten sind. Auf Reiser abgemeldet hat sich der Kollege Herrn. Beez. Ferner wird Bericht erstattet über verschiedene Drucker-Versammlungen, welche in letzter Zeit stattgefunden haben. In der „Woche“ handelte es sich um die Neuwahl des Vertrauensmannes. Bei Singer haben die Retouchierer eine Verbesserung gestellt, welche durch Eingreifen des Vorstandes geregelt wurde. Bei der Firma Hooten wurden unsere Kollegen bis auf zwei gefündigt und dafür Kolleginnen

Wiege bis zum Grabe das graue Geipen der Not als steten Begleiter haben? Sie betete inbrünstig zu Gott, daß er ihr den rechten Weg zeigen und ihr helfen möge! Zu Hause hatte sie das so gelernt. Doch vom Beten wurde sie nicht satt, nicht frei, nicht rubig und glücklich. Sie fühlte, wie in steter Arbeit und geringer Pflege ihre Kräfte aufgebraucht wurden und es verging die Zeit, doch das Drängen und Sehnen nach dem Glück blieb, sollte denn nie die Erfüllungstunde schlagen?

Sie hörte eine Uhr die achte Abendstunde verkünden und wie mit Zauberkraft sah sie all die hoffnungsfrohen Gesichter ihrer Mitarbeiter und Arbeiterinnen vor sich, hörte ihre frohen, aufrichtigen Worte und das Versprechen, am Abend zusammen zu sein und das Resultat der Reichstagswahlen zu hören; ob auch sie hingehen sollte? — Es zog und zog so gewaltig, sie sackte mit atternden Händen die Beugen längst vergangener Glückes und Kummers zusammen und eilte, als könne sonst etwas veräuert werden, in die Versammlung.

Rast vollzählig waren ihre Mitarbeiter und Arbeiterinnen schon dort und wenn auch ein wenig erstaunt, so strahlten sie ihr doch alle Hände zum herzlichsten Willkommensgruß entgegen, ihr war, als habe sie nun eine große, heilige Pflicht erfüllt.

Als dann die Versammlung begann und in begeisterten Worten das Wahlergebnis und die übernütigen Siege der Arbeiterpartei bekannt wurden, als ein taufendstimmiger, nicht enden wollender Jubel durch den Saal brauste, wie sie sah, daß man sich herzlich und fröhlich die Hände schüttelte, da wurde auch sie mit fortgerissen, da fühlte sie, daß sie mit ihrem Kummer, den sie nicht zu überwinden glaubte, sich gar manche frohe, glückliche Stunde überschert hatte. Wie lernte sie jetzt ihre Mitarbeiter und Arbeiterinnen verstehen; nicht Schwarz mehr und farblos lag die Zukunft vor ihr, sie wollte alles, was hinter ihr lag, vergeffen und mit freiem, frohen Herzen sich den Bestrebungen ihrer Mitarbeiter und Arbeiterinnen anschließen, sie fühlte, hier nur könne sie frei und froh werden und beim Abschied sagte sie mit leuchtenden Augen: „Ich glaube an Euch, wir gehören zusammen und geben gemeinsam dem Glück entgegen.“

eingestellt. Bei Sempel und Alstein handelte es sich um verschiedene Mischstände, welche nach einigen Verhandlungen erledigt wurden, desgleichen bei Rügenstein und Lütjahn Erben. Des weiteren hat eine kombinierte Sitzung mit dem Zentralvorstand und den Vorständen der Zahlstellen I und II stattgefunden, behufs Aussprache über die letzte Lohnforderung bei Wölfe. Kollege Jahn teilte mit, daß noch verschiedene Kollegen mit ihrem Willens zum Maschinenbau reitieren und macht einzelne, welche sogar in Arbeit stehen, namhaft. Kollege Stephan erhaltete nun den Vierteljahres- und Jahresbericht des Kassierers. Jahresbericht: Einnahme im 1. Quartal 4140,80 Mark, Ausgabe 4204,49 Mk.; Einnahme im zweiten Quartal 3674,40 Mk., Ausgabe 3042,13 Mk., Einnahme im 3. Quartal 4378,18 Mk., Ausgabe 2930,65 Mark; Einnahme im 4. Quartal 4551,79 Mk., Ausgabe 3023,29 Mk., Gesamtsumme inkl. Bestand vom vorigen Jahre von 10744,24 Mk. beträgt 27 489,41 Mk., Gesamt-Ausgabe 13 200,56 Mk., so daß in diesem Jahre ein Bestand von 14 288,85 Mk. vorhanden ist. Von der Verteilung des Jahresberichtes des Vorstandes wird Abstand genommen, da derselbe gedruckt vorliegt. In der Diskussion, die sich an den Bericht angeschlossen, wurden prinzipielle Momente nicht gemacht und stellt Kollege Bleich als Obmann der Revisoren den Antrag, dem Kassierer sowie dem Gesamtvorstand Decharge zu erteilen, was einstimmig geschieht. Bei der nun folgenden Remuneration des Vorstandes beantragen die Revisoren, dem 1. Vorstehenden 175 Mk., dem 2. Vorstehenden 50 Mk., dem 1. Kassierer 100 Mk., dem 2. Kassierer 25 Mk., dem 1. Schriftführer 50 Mk., dem 2. Schriftführer 25 Mk. und dem Arbeitsnachweiser 75 Mk. zu bewilligen. Kollege Moriz beantragt hierzu, dem Kollegen Reinte, welcher das Amt des 2. Vorstehenden auch ca. 6 Monate innehatte, ebenfalls 50 Mk. zu bewilligen, und dem 1. Vorstehenden 200 Mk., dem 2. Vorstehenden 75 Mk. und dem 2. Kassierer 50 Mk. zu gewähren. Nach längerer Debatte werden hierauf dem 1. Vorstehenden 200 Mark, dem 2. Vorstehenden 100 Mk., dem 1. Kassierer 100 Mk., dem 2. Kassierer 50 Mk., dem 1. Schriftführer 50 Mk., dem 2. Schriftführer 30 Mk., für den Nachweiser 75 Mk. und für den Kollegen Reinte 50 Mk. bewilligt. Kollege Bleich beantragt nun, den Punkt Remuneration des Vorstandes auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu legen, damit dieselbe vorher festgelegt wird. Dieser Antrag wird angenommen. Zum Punkt Neuwahl schlägt Kollege Reufert vor, die Stelle des 1. Vorstehenden auszuscheiden zu lassen, welchem Kollege Moriz widerspricht, weil dies gegen das Statut verstößt. Es werden nach längerer Debatte, das Jährliche die Wiederwahl ablehnt, folgende Kollegen gewählt: Otto Bleich, 1. Vorstehender; Moriz, 2. Vorstehender; Stephan, 1. Kassierer; Orieler, 2. Kassierer; Kruschinsky, 1. Schriftführer; Kreiser, 2. Schriftführer; Dell, Beisitzer. Revisoren: die Kollegen Karl Falkenberg, Otto Altenborn und Mich. Herber. Bei der Wahl des Kassierers wünscht Kollege Alex, daß die Auszahlung der Arbeitslohnunterstützung nicht mehr im Lokale des Koll. Stephan stattfindet, sondern im Arbeitsnachweis. Kollege Stephan verliest hierauf die Restanten und wird beschloffen, diesen bis Mittwoch Zeit zu lassen, ihre Beiträge zu regeln, wobei falls sie als ausgeschlossen gelten. Ein Antrag auf Schluß der Versammlung wird angenommen und schließt der Vorsitzende diese mit einem Hoch auf den Verband und die Zahlstelle II um 7 Uhr. C. W.

**Statutari.** Außerordentliche Generalversammlung vom 8. Juni. Der 2. Vorstehende, Kollege Wennagel, eröffnete dieselbe. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde in seiner Fassung angenommen. Zur Aufnahme meldete sich eine Kollegin. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Wennagel 1. Vorstehender, Braune II 2. Vorstehender, Schray Kassierer, Weißer Schriftführer; die Kolleginnen Böbel, Hertich und Molt wurden als Beisitzerinnen, die Kollegen Wax und Braun I als Kartellbelegierte und die Kollegin Noth als Stellvertreterin gewählt. Daraus ermahnt Kollege Wennagel die Neugewählten, ihren übernommenen Verpflichtungen und Geschäfte in jeder Hinsicht pünktlich nachzukommen und hofft, daß die Reibereien unter den Mitgliedern endlich einmal ihr Ende nehmen. Unter Verlesenem teilt Kollege Wennagel mit, daß auf Wunsch verschiedener Mitglieder in diesem Jahre wieder eine Schriftleiter mit Gabenverteilung beauftragt werden soll, um unsere Kasse zu stärken. Dies wurde angenommen und der Ausschuss mit den notwendigen Vorbereitungen betraut. Des weiteren machte der Vorsitzende die Versammlung noch darauf aufmerksam, daß ein Teil unserer Mitglieder die Lokalisierung anstrebe und verzweifelt; er fordert alle Anwesenden auf, dem Zentralverbande treu zu bleiben und macht auf die sonst entstehenden Schäden aufmerksam. Nach einem Appell an die Mitglieder, immer neue Mitglieder zuzuführen und die Versammlungen fleißig zu besuchen, damit unser Verband immer stärker und nützlicher für uns werde, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Grimmischau.** Mitgliederversammlung vom 9. Juni 1903. Der Vorsitzende spricht bei Eröffnung derselben sein Bedauern aus, daß es die Mitglieder so wenig der Mühe für wert halten, vollständig an den Versammlungen teilzunehmen, in welchen doch nur die Interessen der Kollegen und Kolleginnen zur Debatte gebracht werden. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde verlesen und angenommen. Daraus wurden 5 neue Mitglieder aufgenommen, welche der Vorsitzende ermahnt, treu und fest zum Verbande zu halten. Daraus wurden den Mitgliedern die neuangekauften Leuchtungsarten vorgelegt; es war dies hauptsächlich ein Wunsch der Unterfasserer, welchen das Kassieren der Wochen-Beiträge sehr erschwert wurde, was die Mitglieder auch anerkannten. Unter Geschäftlichem teilt der Vorsitzende mit, daß der Arbeiterausschuß eine Unterredung mit der Direktion herbeigeführt habe, zwecks Lohnerhöhung um 25 Pct. für Leberstunden für sämtliche hier beschäftigten Hilfsarbeiter. Dies wurde von der Direktion vorkünftig zurückgestellt, da hierzu eine Ausdehnung erforderlich sei. Ferner wurde, solange wie bis 8 Uhr abends gearbeitet wird, eine Viertelstunde Vesperpause gewährt (bisher 10 Minuten). Unter Verlesenem wurde ein neuer Ausschuss vorgeschlagen, welcher aber vorläufig noch zurückgestellt wurde. Ein Mitglied stellte das Ersuchen, für unsere beiden Kartellbelegierten eine Auslösung für die stattfindenden Gewerkschaftsveranstaltungen zu gewähren, was ohne Debatte angenommen wurde, indem jeder Delegierte für jede Sitzung 50 Pf. erhält. Nachdem noch eine Anfrage beantwortet war, erfolgte Schluß der Versammlung.

## Rundschau.

**Zentralverbände und Mitgliederverzeichnis.** Das preussische Oberverwaltungsgericht hat entschieden, daß eine gesetzliche Verpflichtung, die Mitgliederverzeichnis in alphabetischer Reihenfolge unter Aufzeichnung der einzelnen Zahlstellen einzureichen, nicht besteht. Es handelte sich um die bekannte Verfügung gegen den Vorstand des Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter, Wey in Hannover, der beurteilt worden war, der hannoverschen Polizeibehörde das Mitgliederverzeichnis des ganzen Verbandes und alle eintretenden Veränderungen einzureichen, was er denn auch durch Einreichung von 12 Bund Listen tat. Der Polizeipräsident verlangte die Mitglieder aber auch nach alphabetischer Reihenfolge und nach ihren Zahlstellen geordnet, ein Verlangen, dem Wey gerecht zu werden versuchte, — ganz überflüssigerweise, wie aus dem obigen Tenor des Oberverwaltungsgerichtsentscheidendes hervorgeht. Zur Strafandrohung kam es erst, als von etwa 100 Zahlstellen die Listen nicht zu erlangen waren, teils wegen Säumnigkeit der Ortsverwaltungen, meist aber, weil sie in Bundesstaaten bestanden, deren Vereinsgesetz sich um die Mitgliederlisten der Gewerkschaften nicht kümmern. Infolge der Beschwerde Wey gegen die Strafandrohung kam es zur Klage beim Oberverwaltungsgericht mit dem vorerwähnten Erfolg. Das Urteil sei der Beachtung der Gewerkschaften empfohlen.

**Widerrück der eingereichten Mitgliederverzeichnis und Erpressung.** Der Vorsitzende des Gauess Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes hatte beim Minister des Innern darüber Beschwerde geführt, daß die Polizeiverwaltung von Kolmar in Loien einem dortigen Unternehmer die Mitgliederliste der in Kolmar begründeten Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes übermittelt habe. Der Unternehmer benutzte die ihm gewordene Kenntnis in der Weise, daß er allen Arbeitern, die auf der Liste standen, kündigte, mit dem Hinweis: Wer innerhalb der vierzehntägigen Kündigungsfrist seinen Austritt aus dem Verbande erkläre, könne weiterarbeiten. Mit Recht trug der Beschwerdeführer diese Auslieferung der Liste durch die Polizei als einen Bruch der Amtsverschwiegenheit, wodurch ein Erfolg des Koalitionsrechtes der Arbeiter stark beeinträchtigt sei. Nachdem der Landrat die Beschwerde zurückgewiesen hatte, da er in der Handlungsweise der Polizeiverwaltung von Kolmar eine Verletzung der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit nicht fand, wurde weitere Beschwerde eingeleitet, welche den gewünschten Erfolg hatte. Der Regierungspräsident in Bromberg hat die Beschwerde gegen die abweisende Verfügung des Landrats als begründet anerkannt und entsprechende Verfügung erlassen. Im weiteren hatte der Gauvorsitzende noch gegen den Unternehmer in Kolmar Strafanzeige wegen Erpressung erstattet, gestützt auf die mehrfach gegen streikende Arbeiter ergangenen Urteile, indem er folgte: Die Entlassung der gesamten Arbeiter, die dem Holzarbeiterverbande angehört, in Verbindung mit der Mitteilung, sie würden wieder eingestellt werden, wenn sie aus dem Verbande auscheiden, stellte die Antzündung eines Uebels dar zu dem Zwecke, sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen, nämlich um in Zukunft vor höheren Lohnforderungen und dem Verlangen

günstiger Arbeitsbedingungen, deren Erreichung der Zweck des Holzarbeiterverbandes ist, der organisierten und deshalb mit stärkerem Nachdruck auftretenden Arbeiter geschützt zu sein. Dieser Strafanktrag ist indes zurückgewiesen. Der Justizminister als letzte Instanz lebte ein Eingreifen ab, da der Austritt der Arbeiter aus dem Holzarbeiterverbande, welcher durch die Kündigung erreicht werden sollte, für den Unternehmer einen Vermögensvorteil nicht darstellte. Er übte namentlich auf die Höhe der Löhne an sich einen Einfluß weder unmittelbar noch mittelbar aus. Damit vergleiche man die Deduktion des Justizministers, die unter dem Gesichtspunkt, daß der Organisationszwang gegen Nichtorganisierte einen rechtswidrigen Vermögensvorteil darstelle, die Verfolgung solcher Handlungen als Erpressung empfahl. Hat diese Auslegung schon Schluß gelitten, als sie auch gegen Unternehmer sinngemäß zur Anwendung gelangen sollte? Es wird nützlich sein, diesen neuen Ministerentscheid in Erinnerung zu behalten.

**Terrorismus.** Unter der Ueberschrift brachten wir die Nachricht, daß in Wien sieben deutsche Maschinenleger durch die mit ihnen in der Druckerei der „Zeit“ beschäftigten österreichischen Kollegen gezwungen wurden, die Arbeit einzustellen. Die österreichischen Kollegen der „Zeit“ hatten den sieben Gemahrgelerten aus eigenen Mitteln den Lohn für 14 Tage ausgezahlt. — Dieses Ereignis, welches wohl einzig daheut und hoffentlich nie mehr zu verzeichnen ist, hatte zur Folge, daß eine Konferenz der Beteiligten unter Hinzuziehung der Organisationsvertreter stattfand. Wir lassen das Protokoll dieser Verhandlung hier folgen:

Am Dienstag, den 9. Juni, fand unter dem Vorsitz des Obmannstellvertreters des Verbandes Josef Stettmeier wegen des letzten Vorfalles in der Druckerei der „Zeit“ eine Besprechung statt, an welcher von Seiten des deutschen Verbandesvorstandes Emil Döblin, von der Gewerkschaftskommission der Sekretär Anton Queber, vom österreichischen Verbandsvorstande Franz Reimüller, Josef Dmorcek, Wilhelm Schlegl und David Sukmann, vom niederösterreichischen Vereine Karl Wibel, vom Wiener Hilfsaussschuße Franz Hofer und M. A. Spielmann, vom Wiener Zeitungsgewerksklub Joh. Rowald und Johann Hoffmann, vom Regionalen der „Zeit“ Otto Prochaska und Johann Neger, endlich als Vertreter der deutschen Maschinenleger Wilhelm Heine und Friedrich Lorenz teilnahmen.

Das Resultat der Aussprache war die Konstatierung der Tatsache, daß von Seiten der Funktionäre der Gesamtorganisation niemals Einfluß darauf genommen wurde, daß deutsche Maschinenleger von der „Zeit“ entlassen werden.

Weiter wurde konstatiert, daß die in der Offizinsversammlung des Regionalen der „Zeit“ vom 21. Mai 1903 anwesenden Funktionäre Hofer und Spielmann mit aller Energie dahin wirkten, daß von dem beabsichtigten Vorgehen gegen die deutschen Maschinenleger abgesehen werde. Ebenso wurde festgelegt, daß seitens dieser Funktionäre im Vereine mit dem Verbandsvorstande Franz Reimüller bis zum letzten Augenblicke alles unternommen wurde, um die Durchführung des auf die Entlassung der deutschen Maschinenleger abzielenden einstimmigen Beschlusses des Regionalen hintenanzubalten.

Als Ursache des Vorgehens des Regionalen der „Zeit“ gegen die deutschen Maschinenleger ergab sich das Zusammenwirken verschiedener Umstände: teils gegenseitiges Mißtrauen, teils die Ignorierung der österreichischen Verbandsinstanzen seitens der deutschen Maschinenleger, teils die im „Correspondent“ veröffentlichten Artikel aus Wien, welche von irrigen Voraussetzungen ausgingen, in anderen Punkten unwahre Behauptungen enthielten, die seitens der Redaktion auf Grundlage der Wiener Einblendungen noch eine Verschärfung erfuhren.

Speziell wurde festgelegt, daß die im „Corr.“ bezüglich der Ostdeutschen Rundschau enthaltenen Behauptungen der Wahrheit nicht entsprechen.

Weiter wurde das Vorgehen des Regionalen der „Zeit“ mißbilligt und ein Ausgleich der Differenz dadurch herbeigeführt, daß das Regional der „Zeit“ erklärt, einer eventuellen Wiedereinstellung der entlassenen deutschen Maschinenleger kein Hindernis in den Weg zu legen.

Durch die stattgehabte Aussprache und Regelung der Differenzen in der „Zeit“ hoffen die Unterzeichneten, ähnlichen Vorkommnissen für die Zukunft vorzubeugen und stellen fest, daß die Mitglieder verpflichtet sind, Beschwerden stets bei dem Vorstande ihres jeweiligen Konditionsortes, bezw. des Verbandes, dem sie zurzeit angehören, anzubringen.

Wien, 9. Juni 1903.

Für den Verband der Deutschen Buchdrucker:

E. Döblin.

Für den Verband der Vereine der Buchdrucker, Schriftsetzer und verw. Berufe Oesterreichs:

Franz Reimüller.

Ueber die Bezahlung der Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge für Arbeiter, die keinen

**Barlohn erhalten**, sondern auf Trinkgelber, Naturalbezüge usw. angewiesen sind, hat vor kurzem das **Gewerbegericht** in München eine besonders für das Wirtschaftspersonal wichtige Entscheidung gefällt. Der Kläger stand bei Besetzung als Lust lediglich gegen freie Kost und Wohnung im Dienst, während seine baren Einnahmen in den Trinkgeldern der Potelgäste bestanden. Als er seine Stelle verließ, bezahlte er auf Aufforderung des Beklagten 17,40 Mark als den ihm gesetzlich treffenden Anteil an den Verordnungsbeiträgen. Hiernach verlangte der Kläger diesen Betrag, den er zu Unrecht bezahlt habe, zurück. Das Gericht verurteilte den Beklagten zur Rückzahlung der 17,40 Mk. Das Urteil trägt sich im Wesentlichen auf § 53 R.-V.-G. und § 142 Inv.-V.-G. Hier ist bestimmt: „Die Verordneten sind verpflichtet, die Beiträge bei den Lohnzahlungen sich einbehalten zu lassen, die Arbeitgeber dürfen nur auf diesem Wege den auf die Verordneten entfallenden Betrag wieder einziehen. Unter Lohnzahlung kann hier sowohl nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch, als dem Sinne der gesamten Verordnungsgebote, welche in diesem Zusammenhang wiederholt von Lohnperioden und von Einbehalten des Lohnes bei der Lohnzahlung sprechen, nichts anderes verstanden werden, als die Entrichtung baren Lohnes. Bei Beschäftigung eines Arbeiters ohne Leistung von Barlohn seitens der Arbeitgeber kann daher von einer Lohnzahlung im Sinne der genannten Bestimmungen keine Rede sein; eine anderweitige Einzahlungsort als durch Einbehalten bei der Lohnzahlung ist durch Gesetz ausgeschlossen. Somit ist es in derartigen Fällen dem Arbeitgeber rechtlich unmöglich, den auf den Arbeiter entfallenden und von ihm vorzuziehenden Anteil wiederzuerlangen; der Arbeitgeber ist gezwungen, die Verordnungsbeiträge ohne ein Rückgriffrecht auf den Arbeiter voll zu bezahlen. Da ferner auch gegenseitige Vereinbarungen zu Ungunsten der Arbeiter gemäß § 80 R.-V.-G. und § 180 I.-V.-G. ohne rechtliche Wirkung sind, so war der Beklagte, der durch die Leistung des Klägers auf dessen Kosten ohne rechtlichen Grund etwas erlangt hatte, gemäß § 812 B. G. B. zur Herausgabe verpflichtet.“

**Die Ausperrung in Alerhoia** ist am 12. Juni beendet worden unter folgendem Abkommen: Die Arbeiter hoben die Sperre gegen die Firma Schaffermeyer & Söns auf, wogegen die Fabrikanten den Beschluß zurückzogen, keine organisierten Arbeiter wieder einzustellen. Doch wird wegen Mangel an Beschäftigung ein Teil der Ausgesperrten erst nach und nach wieder eingestellt werden können.

**Beendete Ausperrungen.** Die Ausperrung der Dresdener Bauarbeiter ist nach einer von Erfolgs begleiteten Vermittlung des Dresdener Magistrats aufgehoben. Die Arbeitgeber haben eine kleine Lohnaufbesserung bewilligt, die Tarifgemeinschaft soll aufgehoben werden. Die Sperren sind aufgehoben, die importierten Ausländer sollen wieder entlassen werden. Eine Bauarbeiterversammlung hat den Vergleichsvorschlägen ihre Zustimmung erteilt. Danach hätten die Ausgesperrten einen nicht zu unterschätzenden Erfolg erzielt. Daß sich der Dresdener Magistrat veranlaßt sah, die Bauunternehmer zum Nachgeben zu bewegen, dürfte nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen sein, daß sich in der gesamten Bevölkerung Dresdens ein starker Unwille über das Gebahren der Bauherren und die Herbeischleppung auswärtiger Arbeitswilliger kundgab. Dieser Unwille kam in großen Straßendemonstrationen zum Ausdruck, die am Dienstag begannen und am Mittwoch fortgesetzt wurden.

Die Ansammlungen sind in erster Linie durch die polizeilichen Abperrungen verursacht worden. Hätte die Polizei nicht zu dieser Maßnahme gegriffen, hätten sich vielleicht einige Hundert Personen in den Straßen aufgehalten; zu einem solchen Aufstande wäre es aber sicher nicht gekommen.

**Nach einer Zusammenstellung des Reichsversicherungsamtes** wurden in der Zeit vom 1. Januar 1891 bis 31. März 1903 von den 31 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen 916 333 Invalidenrenten bewilligt, wovon 319 832 infolge Todes oder Auswanderung, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezugs von Unfallrenten oder aus anderen Gründen in Wegfall kamen. Bestand am 1. April 1896 gegen 574 833 am 1. Januar 1903. Altersrenten wurden in demselben Zeitraum bewilligt 406 307. Davon kamen in Wegfall infolge Todes oder Auswanderung oder aus anderen Gründen 241 837. Bestand am 1. April 1894 gegen 168 550 am 1. Januar 1903. Krankenrenten wurden seit 1. Januar 1900 bewilligt 25 148; davon kamen in Wegfall 12 384. Bestand am 1. April 12 764 gegen 12 146 am 1. Januar 1903. Beitragsberichtigungen erfolgten bis zum 31. März an 932 642 weibliche Versicherte, die sich verheirateten, 1362 an Personen, welche im Sinne des Invalidengesetzes dauernd erwerbsunfähig wurden und 205 226 an

die Hinterbliebenen von Versicherten, in Summa 1 139 233 gegen 1 093 681 bis zum 31. Dezember 1902.

**In Lübeck** wurde der **Wahlruhr-Ladenschluß** neuerdings wieder eingeführt. Derselbe war schon vor zwei Jahren verordnet worden, wurde aber infolge heftiger Opposition, die sich einen Formfehler, der bei Erlaß der Verordnung gemacht worden, zu nutze machte, zu Falle gebracht. Die damalige kurze Probe hat aber zu der Erkenntnis genügt, daß die Renewira nicht, wie behauptet wurde, den Ruin der Geschäfte herbeiführe, sondern sehr akzeptabel sei. Bei einer neuerlichen Abstimmung fanden sich denn auch nur 60, welche sich damit noch nicht befreunden wollen, und so werden nun wie früher die Laden wieder um 8 Uhr geschlossen.

**Ein Fabrikbesitzer** gedachte die **ungünstige Konjunktur** dazu auszunutzen, einen **Vermeister**, den er zur Herstellung eines **Massenartikels** auf drei Jahre verpflichtet hatte, auf billige Weise los zu werden. Der **Massenartikel** schlug nicht ein, weshalb der Meister ohne Weiterzahlung des Gehalts entlassen werden sollte. Das Reichsgericht wie die Vorinstanzen erklärten das für unzulässig, der Unternehmer muß also den Meister die drei Jahre behalten resp. den vereinbarten Lohn bezahlen.

**Auf Treu und Glauben** scheinen die **Landwirtschaftler** in Berlin und den Vororten nicht viel zu halten. Erst im März haben sie mit den Gehilfen vor dem **Gewerbegericht** einen **Tarifvertrag** abgeschlossen und schon jetzt fordern sie die **Unterstützung** eines **Neberjes**, wonach der Gehilfe auf die **Sätze** des **Tarifes** verzichtet und sich mit der **Festsetzung** des **Lohnes** durch „freie Vereinbarung“ einverstanden erklärt. Wenn sich die Arbeiter solchen **Wortbruch** zu schulden kommen lassen wollten, dann würde über sie von der gesamten bürgerlichen Presse der **Bannfluch** verhängt, bei **Unternehmern** scheint er aber als **erlaubtes Mittel** zu gelten.

**Zum vierten österreichischen Gewerkschaftskongresse**, der nach Wien einberufen war, hatten sich 195 Delegierte in Vertretung von 88 212 Mitgliedern eingetunden. Die erste Arbeit des Kongresses war die **Bestätigung** des bereits von der **Gewerkschaftskommission** erfolgten **Ausschlusses** des **Reichsvereins** der **Gießereiarbeiter** aus dem **allgemeinen Gewerkschaftsbunde**. Der **Ausschluß** erfolgte, weil die **Gießereiarbeiter**, entgegen den **Beschlüssen** der **Gewerkschaftskongresse**, sich nicht dem **Metallarbeiterverbande** angeschlossen, sondern eine **Sonderorganisation** gebildet haben. **Hierauf** wurden dem **Kongresse** **Berichte** erstattet über die **offiziellen Einrichtungen** (**ständiger Arbeitsrat**, **Unfallversicherungscommission** und **Wassertrahenbeitrat**), bei welchen auch **Arbeitervertreter** **Sitz** und **Stimme** haben. **In** diese **Referate** schloß sich eine **Reihe** von **Beschlüssen**, welche **Arbeiterforderungen** auf den **einflussreichen** **Gebieten** zur **Grundlage** hatten. **Bei** dem **Kapitel** **Agitation** und **Organisation** beschäftigte man sich auch mit den **Organisationen** der **Jugendlichen** (**Lehrlinge**), die **bereits** **bestehen** und sich zu einem **Reichsvereine** verschmolzen haben, der ein **eigenes** **Blatt** „Der **jugendliche Arbeiter**“ herausgibt. **Die** **Gewerkschaften** **sind** **laut** **Beschluß** **des** **Kongresses** **verpflichtet**, **diese** **Vereine** **zu** **unterstützen**. **Ferner** **sollen** **einer** **reiferen** **Verharmelung** **der** **kleinen** **Branchenorganisationen** mit den **Zentralverbänden** die **Wege** **geebnet** **werden**. **Neugründungen** von **Gewerkschaftsblättern** **bedürfen** **fortan** **der** **Genehmigung** **der** **Gewerkschaftskommission**. **Eine** **Protestresolution** **richtet** **sich** **gegen** **die** **Verletzung** **der** **Eisenbahner-Organisationen** **seitens** **der** **Regierung** **mie** **der** **Privat-Eisenbahngesellschaften**; **eine** **ebensolche** **gegen** **die** **Wiener** **Gemeindeverwaltung**, **welche** **es** **den** **Straßenbahnern** **gegenüber** **noch** **ärger** **treibt**, **als** **dies** **gegenüber** **den** **Eisenbahnern** **geschick**. **Weitere** **Resolutionen** **behandeln** **den** **in** **Oesterreich-Ungarn** **zur** **Verhandlung** **stehenden** **Solltarif** **(es** **wird** **eine** **energische** **Agitation** **gegen** **die** **Politik** **der** **Regierung** **verlangt)**, **die** **Konsumvereine**, **deren** **Stärkung** **und** **Ausbreitung** **als** **durchaus** **wünschenswert** **bezeichnet** **wird**, **die** **Alters-** **und** **Invalidentversicherung** **(es** **wird** **von** **der** **Regierung** **die** **unverzügliche** **Vorlage** **eines** **Geheimvertrages** **verlangt**, **welcher** **den** **Invaliden**, **Witwen** **und** **Waisen** **eine** **entsprechende** **Unterstützung** **zusichert** **und** **sie** **so** **mit** **von** **der** **völlig** **unzureichenden** **Armenunterstützung** **befreit**). **Schließlich** **wurde** **eine** **Resolution** **zu** **gunsten** **der** **Tarifgemeinschaften** **angenommen**. **An** **der** **Debatte** **hierüber** **beteiligte** **sich** **auch** **einige** **der** **als** **Vertreter** **der** **deutschen** **Generalkommission** **anwesende** **Verbandsvorsitzende** **der** **Buchdrucker** **Emil** **Döblin**.

**In** **Colmar** **im** **Elßaß** **machte** **sich** **die** **Polizei** **gelegentlich** **eines** **Streiks** **recht** **bemerkbar**, **so** **daß** **zwar** **nicht** **die** **beteiligten** **Beamten**, **wohl** **aber** **eine** **Anzahl** **Textilarbeiter** **zur** **Verantwortung** **gezogen** **wurden** **wegen** **Auftrahes**. **Alle** **Angeklagten** **wurden** **freigesprochen**, **somit** **faktisch** **die** **Polizei** **verurteilt**. **Der** **erste** **Gewerkschaftstag** **deutscher** **Konsumvereine** **tagte** **unlängst** **in** **Dresden**. **Aus** **der** **überaus**

regen Teilnahme, welche dieser **Gewerkschaftstag** gefunden, darf geschlossen werden, daß der **Unwille** **der** **deutschen** **Gewerkschaften** **Dr. Crüger** **eigentlich** **ein** **ganz** **nützliches** **Werk** **verrichtete**, **als** **er** **den** **Ausschluß** **einer** **großen** **Anzahl** **Konsumvereine** **aus** **dem** **Allgemeinen** **Gewerkschaftsverbande** **durchsetzte**, **weil** **er** **nach** **seiner** **Auffassung** **allzuleist** **die** **Interessen** **der** **arbeitenden** **Bevölkerung** **in** **der** **Vordergrund** **stellte**. **Dadurch** **ist** **der** **Konsumvereine** **bewegung** **Gelegenheit** **verschafft** **worden**, **sich** **auf** **eigene** **Füße** **zu** **stellen**, **was** **ihrer** **Ausbreitung** **ein** **günstiges** **Prognostikon** **stellt**. **Es** **dürfte** **über** **kurz** **oder** **lang** **gelangen**, **nicht** **nur** **die** **bestehenden** **etwa** **1700** **Vereine** **mit** **rund** **einer** **Million** **Mitgliedern** **unter** **einen** **Rut** **zu** **bringen**, **sondern** **diese** **Zahlen** **noch** **ganz** **erheblich** **zu** **vervielfachen**. **Vertreten** **waren** **7** **Verbände** **und** **257** **Vereine** **durch** **621** **Delegierte**. **Die** **Verhandlungen** **begannen** **mit** **einem** **Referat** **über** **die** **Entwicklung** **der** **Gewerkschaftsbewegung**, **erstattet** **von** **Herrn** **Kaufmann-Kaufmann**, **Redakteur** **des** **Wochenberichtes** **der** **Großeinkaufsgesellschaft**. **Hierauf** **wurde** **in** **die** **Beratung** **des** **Statutenentwurfs** **des** **neuen** **Verbandes** **eingetreten**, **die** **Hauptaufgabe** **des** **Gewerkschaftstages**. **Der** **Titel** **des** **Verbandes** **wird** **lauten**: **Zentralverband** **deutscher** **Konsumvereine**, **der** **Ausschuß** **desselben** **besteht** **aus** **den** **Vorsitzenden** **der** **Revisionsverbände** **oder** **deren** **Stellvertretern**, **einem** **Vertreter** **der** **Großeinkaufsgesellschaft** **und** **drei** **von** **Gewerkschaftstagen** **alljährlich** **zu** **wählenden** **Mitgliedern**. **Der** **Vorschlag**, **diese** **letztere** **Zahl** **zu** **erhöhen**, **um** **neben** **den** **praktischen** **Gewerkschaftlern** **auch** **den** **„Theoretikern“** **im** **Verwaltungsorganismus** **einen** **Platz** **einzuräumen** **wurde** **mit** **großer** **Majorität** **verworfen**, **der** **Entwurf** **schließlich** **einstimmig** **angenommen**. **In** **den** **Ausschuß** **wurden** **gewählt** **die** **Herrn** **Roppich**, **Schedewitz**, **v. Elm-Hamburg** **und** **Staubinger-Farmstadt**, **in** **den** **Vorstand** **die** **Herrn** **Radebold** **in** **Dresden-Vieschen**, **Wirth** **in** **München** **und** **Schmidchen** **in** **Hamburg**. **Als** **Organ** **wurde** **der** **jetzige** **Wochenbericht** **der** **Großeinkaufsgesellschaft** **bestimmt** **unter** **dem** **Titel** **„Konsumgenossenschaftliche** **Mundschau“**. **Den** **Schluß** **bildete** **die** **Annahme** **einer** **Resolution**, **welche** **den** **Zweck** **der** **Konsumvereine** **feststellt** **und** **Protest** **erhebt** **gegen** **alle** **Bestrebungen**, **welche** **die** **Entwicklung** **der** **Konsumvereine** **bewegung** **zu** **hemmen** **und** **selbst** **die** **Gelegenheit** **in** **ihren** **Dienst** **zu** **stellen** **suchen**. **Von** **den** **Staatsregierungen** **und** **Volksparteien** **wird** **erwartet**, **daß** **sie** **alle** **verpflichten** **Ausnahmemaßregeln** **ablehnen** **und** **das** **gleiche** **Recht** **vor** **dem** **Gesetz** **auch** **den** **Konsumvereinen** **zugestehen**.

## Literatur.

Von der **„Gleichheit“**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieb's Verlag) ist uns soeben die Nr. 13 des 13. Jahrganges angekommen. Aus dem reichen Inhalt dieser Nummer heben wir besonders hervor: **Not**, **Gebicht** von Clara Müller. — **Für** **Ordnung**, **Eigentum** **und** **Familie!** — **Vertreter** **proletarischer** **Fraueninteressen**, **nicht** **Vertreter**. — **Wir** **kämpfen** **für** **Frauenrecht**. — **Konstituierender** **Konsumgenossenschaftstag** **in** **Dresden**. **Von** **Henriette** **Fürth** **usw.**

Die **„Gleichheit“** erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (Nr. 3189) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pfennige.

## Veranstaltungsanzeigen.

**Berlin** **II** (**Hilfsarbeiter**). **Außerordentliche** **Generalversammlung** **am** **Sonntag**, **den** **21. Juni** **cr.**, **nachm.** **1** **Uhr** **bei** **Feuerstein**, **Alte** **Jacobstr.** **75.** (**Mitgliedsbuch** **legitimiert!**)

**Tagesordnung:** 1. Mitteilungen. 2. Aufnahme neuer Mitglieder, Beitragszahlung und Abrechnung der Stiftungsfest-Billets. 3. Bericht des Arbeitsnachweisers und Neuwahl desselben. 4. Neuwahl der Zentralvorstandsmitglieder, der Revisoren und Präskommissionenmitglieder. 5. Wie stellt sich die Abstelle II zur Aufnahme der Steinbrücker-Hilfsarbeiter und der Zeitungsaussträgerinnen? 6. Verschiedenes.

Der reichhaltigen Tagesordnung wegen wird pünktlich angefahren.

Zuschriften sind zu richten an Otto Bleich, Heindenborferstr. 7.

**Dresden.** **Dienstag**, **den** **23. Juni**, **abends** **8** **Uhr:** **Öffentliche** **Berammlung** **im** **Volkshaus**, **parterre** **links.**

Die Tagesordnung wird in der Berammlung bekannt gemacht.

**Die nächste Nummer erscheint am 5. Juli.**